

Weitere Änderungswünsche wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung einmütig wie folgt abgewickelt wurde:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)
2. Sonstige U.I. von Fahrzeugen;
hier: Dringliche Entscheidung zur Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln sowie Genehmigung durch den Rat
3. Mittelbereitstellung zur Vergabe der Prüfung der endgültigen Eröffnungsbilanz der Stadt Stolberg zum 01.01.2009 durch die GPA NRW
hier: Dringliche Entscheidung des Hauptausschusses
4. Teil- und unrentierliche Investitionsmaßnahmen 2011
hier: Dringliche Entscheidung des Hauptausschusses
5. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Verkauf einer Teilfläche eines Wirtschaftsweges
 2. Verkauf eines Grundstückes Geranienweg
 3. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen
-

A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)

Es wurden keine Fragen an die 1. stv. Bürgermeisterin, Frau Nießen, gestellt.

2. Sonstige U.I. von Fahrzeugen:

hier: Dringliche Entscheidung zur Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln sowie Genehmigung durch den Rat

Für die SPD-Fraktion stimmt deren Vorsitzender Wolf der Mittelbereitstellung zu. Mit Hinweis auf die Verwaltungsaussage, wonach "die technische Ausstattung der eigenen Werkstatt aufgrund fehlender Gerätschaften nicht mehr dem Stand der Technik entspreche" bittet er, für eine der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses / Rates um ausführliche schriftliche Erläuterung.

So interessiere ihn, ob eine Kooperation mit anderen, benachbarten Feuerwehren Abhilfe schaffen könne bzw. welcher finanzielle Aufwand zur Aufrüstung und

eigenständigen Durchführung der Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten betrieben werden müsse.

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt 1. stv. BM Nießen den Leiter der Feuerwehr, Herrn Sturz. Dieser sagt für eine der nächsten Sitzungen eine entsprechende Vorlage zu.

Alsdann steigt 1. stv. BM Nießen in die Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung ein.

Beschluss:

Aufgrund der Dringlichkeit der Angelegenheit kann mangels eines Beschlusses des Rates die Zustimmung zu einer Mehrausgabe nur im Wege der dringlichen Entscheidung nach § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW erfolgen. Hierzu beschließt der Hauptausschuss einstimmig die Bereitstellung der Haushaltsmittel bei dem Deckungskreis 52 - Sach- und Dienstleistungen -, Aufwandskonten / Auszahlungskonten 5251300/7251300 und 5251100/7251100 - Sonstige U.I. von Fahrzeugen (Fahrzeuge Rettungsdienst / Feuerwehr) in Höhe von 46.000,00 €.

Diese Entscheidung ist dem Rat in seiner nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen.

**3. Mittelbereitstellung zur Vergabe der Prüfung der endgültigen Eröffnungsbilanz der Stadt Stolberg zum 01.01.2009 durch die GPA NRW
hier: Dringliche Entscheidung des Hauptausschusses**

1. stv. Bürgermeisterin Nießen ruft den Tagesordnungspunkt auf, und geht zu diesem Punkt erläuternd auf die Notwendigkeit der heutigen Sondersitzung ein. Alsdann erteilt sie dem CDU-Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dr. Grüttemeier, das Wort.

Dieser begrüßt die souveräne Sitzungsleitung durch die 1. stv. Bürgermeisterin, Frau Nießen, wenngleich er beklage, dass der Bürgermeister, als Chef der Verwaltung und aufgrund der Tragweite der Thematik, nicht anwesend sei. Verursacher der heutigen Situation sei für ihn eindeutig der Kämmerer. Bezogen auf die Verwaltungsvorlage habe er vom Kämmerer nähere Ausführungen, sowie dessen Stellungnahme und Bewertung zur Lage erwartet. Über einen langen Zeitraum sei der Politik die Einschätzung vermittelt worden, dass die Eröffnungsbilanz zwar spät, aber letztendlich im Rahmen der gesetzten Fristen erstellt und geprüft werden könne. Die Politik habe den Fachleuten in der Verwaltung vertraut. Nunmehr sei der zeitliche Druck so gravierend, dass die Problematik einfach auf das APB verlagert werde. Die Politik könne den Kämmerer jedoch nicht aus der Verantwortung nehmen. Er möchte wissen, was mit früheren Verfügungen gemeint sei.

I. Beig. Dr. Zimdars geht nochmals auf seine bereits in früheren Sitzungen getätigte Aussage, wonach das Ministerium Anfang 2011 eine Anfrage zum Istzustand getätigt und für Anfang 2012 eine erneute Nachfrage angekündigt habe, ein. Nunmehr sei eine deutliche Veränderung in Ton und Inhalt auszumachen. Die Kehrtwende sei für ihn bis heute unverständlich. Er beklage sehr, dass nunmehr von dort alles sprichwörtlich "über einen Kamm geschoren" werde, unabhängig davon, wann eine Kommune mit NKF (2007 oder erst 2009) gestartet sei. Er habe der Politik immer wieder aufgezeigt, es gäbe mehrere Wege zur Erstellung der Eröffnungsbilanz. Entweder

Personalaufstockung und interne Qualifizierung bzw. Fremdvergaben und damit Beschleunigung der Bearbeitung oder kostengünstiger Einsatz entsprechender eigener Leute, allerdings mit entsprechend längeren Bearbeitungszeiten.

Er habe in der Vergangenheit den Gremien vorgeschlagen, die Eröffnungsbilanz mit eigenen Leuten zu bearbeiten, mit der Konsequenz, dass dies länger dauere, aber die Mitarbeiter auch bei der Erarbeitung der Eröffnungsbilanz 2009 entsprechend eingearbeitet würden und in Zukunft für die nächsten Bilanzen hieraus deutliche Vorteile entstünden. Bei externer Vergabe würden ansonsten die Problemstellungen der Einarbeitung lediglich in die Zukunft verlagert.

Abschließend weise er darauf hin, dass mit den 40 Kommunen ein Drittel der 120 Kommunen in NRW keine Eröffnungsbilanz 2009 vorgelegt hätten.

1. stv. BM Nießen bittet den Kämmerer, zur Niederschrift anhand der vorhandenen schriftlichen Unterlagen die von ihm ausgemachte "Kehrtwende" zu belegen. Auf den Einwand von Herrn Dr. Zimdars, dass er dies bereits getan habe, bittet Frau Nießen, dies dann noch einmal zu tun. Dies wird von Herrn Dr. Zimdars zugesagt.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf stellt die Pflicht zur Erstellung der Eröffnungsbilanz aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen im NKFG NRW und der GO NRW zu einem bestimmten Stichtag heraus. Die Eröffnungsbilanz 2009 stelle jedoch lediglich eine Momentaufnahme über das städtische Vermögen dar. Diese habe weder repräsentativen Charakter, noch lasse sie Schlüsse auf die Zukunft zu. Bereits mit heutigem Tage sei die Zeit über das zu erstellende Dokument hinweggegangen. Ihm sei daher schleierhaft, welche Schlussfolgerungen jemand aus der Eröffnungsbilanz 2009 ziehen wolle.

Auch er stellt für die SPD-Fraktion unmissverständlich heraus, dass die städtische Haushaltslage die externe Vergabe der Prüfung nicht zulasse. Diese sei vielmehr unverantwortlich. Seine Fraktion werde sich dem Verwaltungsvorschlag nicht anschließen. Er trage den gemeinsamen Antrag der im Rat vertretenen Fraktionen mit.

Der Leiter des APB, Herr Glantschnig, erklärt zu Protokoll, dass sein Amt unter den gegebenen Umständen nicht in der Lage sei, die von der Bezirksregierung geforderte Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 31.12.2011 abzuschließen. Sofern heute keine externe Vergabe beschlossen werde, bitte er den Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses aus Gründen der eigenen Rechtssicherheit, aufgrund der von der Bezirksregierung angezeigten Prüfung der Verletzung einer Dienstpflicht zur kurzfristigen Einberufung einer Sondersitzung des Ausschusses. In dieser Sitzung werde er aus formalrechtlichen Gründen die externe Vergabe der Prüfung vorschlagen.

In diesem Zusammenhang erklärt I. Beig. Dr. Zimdars ebenfalls zu Protokoll, dass er die Beanstandung einer alternativen Beschlussfassung im Rahmen des § 54 II GO NRW prüfen werde.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses zeigt Herr Dr. Grüttemeier Verständnis für die Aussage des APB-Leiters und die Mitarbeiter des Amtes. Er sagt die Terminierung einer Sondersitzung zu (**nachrichtlich**: Die Sitzung wurde unter Verkürzung der Ladungsfrist für Montag, 15.08.2011 anberaumt). Der Ausschuss werde in dieser Sitzung aber sicherlich nicht zu einem anderen Ergebnis gelangen. Er verstehe, dass niemand den "schwarzen Peter" haben wolle und rate von gegenseitiger Zuschiebung, wie auch immer, ab. Die Stadt sei nicht zuletzt aufgrund

der dramatischen Haushaltslage auf die Kommunalaufsicht angewiesen, zumal es zu bewussten Zeit-Überschreitungen gekommen sei.

I. Beig. Dr. Zimdars weist auf die erhebliche Zeitspanne der Qualifizierung von zusätzlichen Mitarbeitern hin. Er führt weiter aus, dass das APB ein Amt des Rates sei. Aus seiner Sicht hätte der Ausschuss und der Ausschussvorsitzende früher reagieren und ein Personal- und Qualifizierungskonzept einfordern und beschließen lassen müssen. Hier liege das entscheidende Versäumnis bei Herrn Dr. Grüttemeier, warum jetzt Probleme mit dem Prüfungszeitraum bestehen sollen.

Der Kämmerer weist darauf hin, dass jenseits der rechtlichen Erwägungen folgende Punkte wesentlich seien.

Der Stärkungspakt Kommunalfinzen mit 350 Mio. € sieht für 34 von der Überschuldung bedrohter Kommunen 5,5 Mio. € für Stolberg vor. Die Verteilungskriterien sind noch völlig offen. Die erste Bilanz 2009 bzw. die darauf aufbauenden Folgebilanzen wären allerdings eine denkbare Basis für die Mittelbereitstellung. Dies gebe er zu bedenken.

Der Ton im Schreiben der Kommunalaufsicht gegenüber den 40 Kommunen, die noch nicht fertig sind, habe sich nach seinem Empfinden deutlich verschärft. Unabhängig davon, ob dieses gerechtfertigt ist, sei zu überlegen, dass die Ablehnung einer externen Vergabe bzw. Nichteinhaltung des Termins zu atmosphärischen Belastungen führen könne.

Auch für die FDP-Fraktion zeigt RM Conrads den Arbeitsaufwand auf allen Ebenen zur Erstellung der Eröffnungsbilanz 2009 in 2011 auf, welche letztendlich in 2011 keine Aussagekraft mehr habe. Bezogen auf die von der GPA angesetzte Prüfungszeit hinterfrage er den vom APB geltend gemachten Zeitaufwand. Aus seiner Sicht müsse die Bilanz in einem vertretbaren Rahmen und in entsprechender Qualität geprüft werden. Mit klarer Zielvorgabe müsse die Fertigstellung in 3 Monaten zu bewerkstelligen sein. Bezogen auf die angezeigten "atmosphärischen Störungen" mit der Bezirksregierung wünsche er eine andere Vorgehensweise.

Herr Glantschnig, APB, stellt die Verwaltungsvorlage dahingehend richtig, dass in seinem Amt insgesamt 3 Mitarbeiter geschult seien (Techn. Prüfer im Bereich Straßenbewertung und seine Vertreterin im Modul 4). Die Eröffnungsbilanz dürfe aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht durch Mitarbeiter der Kämmerer geprüft werden. Mit nochmaligem Aufzeigen der in seiner Vorlage auch aufgeführten Aufgaben des APB habe sich bei ihm nach der Diskussion der Eindruck verstärkt, dass sein Amt nicht "aus den Füßen" käme. Er weise darauf hin, dass nur das geprüft werden könne, was vorläge. Sein Amt habe bisher immer nur einzelne Bilanzposten mit Dokumentation und Bewertungskonzepten erhalten. Das GPA schlage erst auf, wenn eine testierfähige Eröffnungsbilanz vorläge. Er weise nochmals darauf hin, dass er in seiner Vorlage dargelegt habe, wieso die ordnungsgemäße Prüfung nicht garantiert werden könne. Auch sei sein Amt nicht mit der GPA zu vergleichen. Diese prüfe zahlreiche Eröffnungsbilanzen und habe entsprechende Erfahrung gesammelt. Den von dort kalkulierten Zeitrahmen könne er nicht einhalten, zumal das Gesetz nicht ohne Grund einen Prüfzeitraum von 9 Monaten für eine Eröffnungsbilanz einräume. Auch die Zurverfügungstellung von nicht geschultem zusätzlichem Personal nutze ihm an dieser Stelle leider nichts.

Zum Abschluss seiner Ausführungen erklärt Herr Glantschnig, dass er das "Werk" zur Prüfung zunächst erst einmal benötige. Dies läge bis heute nicht vor. Bei dem was ihm vorläge, gäbe es Abweichungen von 10 Mio.€.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf akzeptiert einen zeitlichen Mehraufwand für die erstmalige Prüfung einer Eröffnungsbilanz. Die zeitliche Diskrepanz zwischen dem Angebot der GPA und der Forderung des APB erscheine ihm jedoch ungerechtfertigt. Er bitte zu überlegen, ob Umfang und Tiefe der APB-Prüfung im Vergleich mit der GPA-Prüfung angemessen seien.

In der Diskussion nehmen Redner Bezug auf einen 10-Punkte umfassenden neuen Beschlussvorschlag, den die Ratsfraktionen abgestimmt und schriftlich vorliegen haben. Dr. Zimdars bittet zu Protokoll zu nehmen, dass er diesen Text nicht kenne und hierzu jetzt keine Stellung nehmen könne. Er halte es auch vor dem Hintergrund der Ablehnung der Beratung von mehreren Vorlagen in den letzten Sitzungen für nicht fair im Sinne eines vernünftigen Miteinanders der Verwaltung diesen Text nicht auch vorher vorzulegen, damit sie sich im Vorfeld hiermit auseinandersetzen könne.

Frau 1. stv. Bürgermeisterin Nießen zieht folgendes Resümee. Intention des Rates sei, auf eine Fremdvergabe zu verzichten.

Vielmehr solle sich die Verwaltung Gedanken machen, wie mit einer zeitlich begrenzten Personalaufstockung des APB u.U. unter Hinzuziehung der personellen Hilfestellung durch die StädteRegion und einer verbesserten Kontaktpflege zu den Aufsichtsbehörden auch ein unkonventioneller Lösungsansatz gesucht werden könne. Den von allen Fraktionen im Rat der Stadt Stolberg (Rhld.) getragenen Antrag stellt sie sodann wie folgt zur Abstimmung:

Beschluss:

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW beschließt der Hauptausschuss einstimmig im Wege einer dringlichen Entscheidung:

1. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird abgelehnt.
2. Aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Stolberg ist eine Vergabe der Prüfung der endgültigen Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 nicht möglich.
3. Der Beschluss des Rates vom 21.06.2011 zum weiteren Vorgehen bezüglich der Eröffnungsbilanz wird aufgehoben.
4. Der Kämmerer wird beauftragt, sukzessive und bis spätestens zum 30.09.2011, die Eröffnungsbilanz mit den vollständigen prüffähigen Unterlagen dem Amt für Prüfung und Beratung vorzulegen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, zu gewährleisten, dass die Prüfung der endgültigen Eröffnungsbilanz der Stadt Stolberg zum 01.01.2009 durch das Amt für Prüfung und Beratung bis zum 31.12.2011 mit oberster Priorität durchgeführt wird und fristgerecht bei den zuständigen Aufsichtsbehörden eingereicht wird.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses eine Vorlage zu erstellen, aus der sich ergibt, welche Aufträge durch das Amt für Prüfung und Beratung aufgrund der erforderlichen Arbeiten zur Prüfung der endgültigen Eröffnungsbilanz zurückgestellt werden müssen und ob dadurch gesetzliche oder sonstige unabwiesbare, externe Terminvorgaben gefährdet werden.
7. Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Amt für Prüfung und Beratung, in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses und dem zuständigen Amtsleiter, das zur Prüfung der endgültigen Eröffnungsbilanz erforderliche zusätzliche Personal durch eine zeitlich begrenzte interne Personalumverteilung unverzüglich bereitzustellen. Darüber hinaus wird der Bürgermeister nachfragen, ob die StädteRegion

zusätzlich personelle Hilfestellung bei der Prüfung und Testierung leisten kann.

8. Die Verwaltung wird beauftragt, den Hauptausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss in jeder Sitzung bis zum 31.12.2011 in einer schriftlichen Vorlage über den aktuellen Sachstand zum Thema "Eröffnungsbilanz" zu unterrichten.
9. Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses wird beauftragt, in Abstimmung mit der Verwaltung, die erforderlichen Sitzungstermine des Rechnungsprüfungsausschusses zur Feststellung der Eröffnungsbilanz festzulegen. Für die Sitzungen von Hauptausschuss und Rat wird der Bürgermeister entsprechend beauftragt.
10. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Einhaltung der oben genannten Fristen zu überwachen und bei jeder absehbaren Verzögerung unverzüglich den Hauptausschuss und den Rat zu unterrichten.

Dieser Beschluss ist dem Rat in seiner nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen.

4. Teil- und unrentierliche Investitionsmaßnahmen 2011
hier: Dringliche Entscheidung des Hauptausschusses

Im Haushalt waren die sicheren Einnahmen für das Jahr 2011 mit ca. 4,7 Mio. € beziffert worden. Für die CDU-Fraktion begrüßt RM Thiermann, dass bereits Anfang August 4,3 Mio. € Einnahmen verbucht werden konnten. Er hoffe sehr, dass sich dieser Trend fortsetze und bitte die Verwaltung um Auskunft, welche Mehreinnahmen wo verzeichnet werden konnten.

I. Beig. Dr. Zimdars sichert die Beantwortung zur Niederschrift -Anlage 3) - zu.

Des Weiteren erkundigt sich Ratsfrau Küpper, B'90/Grüne, ob die Ersatzbeschaffung des Vermessungsgerätes im Rahmen der Kooperation mit dem Vermessungsamt der Stadt Aachen entbehrlich sei.

Hierzu teilt Herr Ehring, A 23, mit, dass die Kooperation mit dem Vermessungsamt der Stadt Aachen lediglich die Verwaltungstätigkeiten zum Inhalt habe. Von dem zu beschaffenden Gerät hingen nicht unerhebliche Einnahmen ab, so dass die Investition in diesem Kontext als marginal zu bezeichnen sei. Die Beschaffung sei unabweisbar.

Beschluss:

Gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW beschließt der Hauptausschuss einstimmig: Die in der Vorlage im Einzelnen aufgeführten konkret anstehenden Investitionen 2011 werden durchgeführt.

Dieser Beschluss ist dem Rat in seiner nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen.

5. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates: Mitteilungen

5.1 Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

5.2 RM Thiermann, CDU, möchte mit Hinweis auf die Presseberichterstattung in der Stolberger Zeitung am 28.07.2011 [“350-Millionen-Hilfe für Kommunen”, Anlage 3) zur Niederschrift] vom Kämmerer folgendes wissen:

“Da auch für unsere Kommune die Feststellung der Überschuldung nur noch eine Frage der Zeit ist, bittet die CDU Fraktion den Kämmerer der Stadt Stolberg um klare Antworten zu den folgenden beiden Fragen:

1. Hat auch die Stadt Stolberg – insbesondere bei Anfragen zu Konditionen kurzfristiger Kredite – bereits die Erfahrung gemacht, dass verschiedene Banken entweder grundsätzlich auf Anfragen nicht reagieren oder nur Angebote mit hohen Risikozuschlägen auf die aktuellen Marktzinsen abgeben?
2. Wäre es für die Stadt Stolberg - angesichts der sich bei den Kreditgebern abzeichnenden verstärkten Unterscheidung zwischen „guten“ und „schlechten“ Schuldnern – nicht sinnvoll, dem am 17.05.2011 abgelehnten Vorschlag der CDU zu folgen und die bisher kurzfristig finanzierten investiven Kredite schnellstmöglich in langfristige Verbindlichkeiten umzuwandeln?”

Zu 1.:

I. Beig. Dr. Zimdars teilt mit, dass er keine diesbezüglichen Erfahrungen für die Stadt Stolberg gemacht habe.

Zu 2.:

Dies sei aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung (Zinsen sind seit letzter Woche verstärkt gesunken) eine richtige Entscheidung gewesen.

B) Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bedankte sich 1. stv. Bürgermeisterin Frau Nießen für die konstruktive Diskussion und schloss die Sitzung mit besten Wünschen für die restliche Ferienzeit um 19.05 Uhr.

Hildegard Nießen
1. stv. Bürgermeisterin

Edith Janus-Braun
Schriftführerin

Der Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:

- Anlage 1) Anwesenheitsliste
- Anlage 2) Auflistung zu TOP A) 4.
- Anlage 3) Pressebericht zu TOP A) 5.2
- Anlage 4) Tischvorlage zu TOP B) 2.

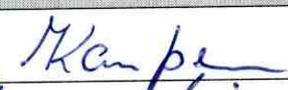
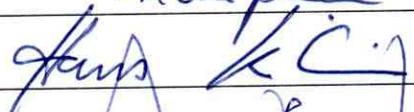
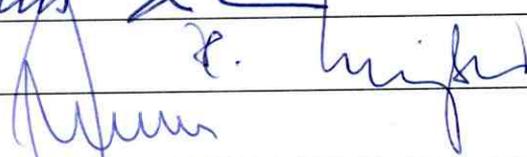
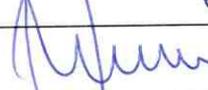
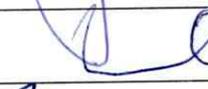
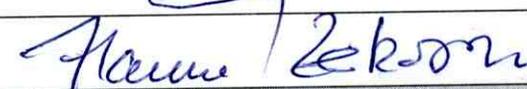
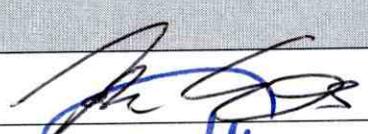
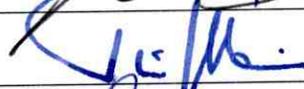
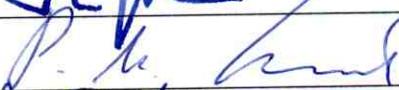
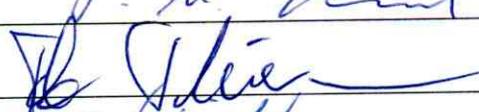
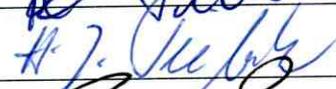
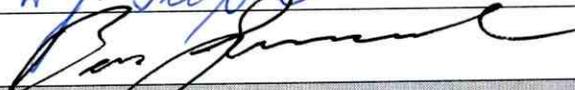
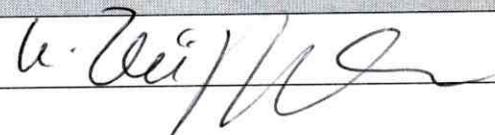
zur Niederschrift über die

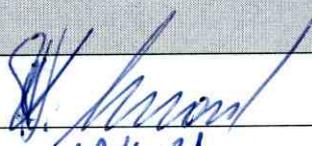
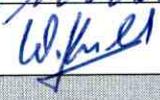
Sondersitzung des Hauptausschusses der Stadt Stolberg (Rhld.)Sitzungskennziffer XVI / **25**

Tag der Sitzung: Dienstag, 09.08.2011

Ort der Sitzung: Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung von 18.00h bis 19.05hUnterbrechung der Sitzung von — bis —

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
SPD		
	Kaußen, Paul-Heinz	
	Kleinlein, Hans	
1. stv. Vorsitzende	Nießen, Hildegard	
	Simmelink-Weinstein, Hartmut Jussen, Peter	
	Wolf, Dieter	
	Zakowski, Hanne	
CDU		
	Emonds, Jochen	
	Grüttemeier, Tim	
	Kirch, Paul Matthias	
	Pietz, Siegfried Thiermann, Fritz	
	Siebertz, Hans-Josef	
2. stv. Vorsitzende	Wahlen, Karina Grendel, Ben	
FDP		
	Conrads, Axel	
B'90/Grüne		
	Küpper, Uschi	

Die LINKE		
	Prüßert, Mathias Zilk, Anita Nur beratend!	nur Amte
	Emonds, Hans	
	Kunkel, Willibert	
Bürgermeister		
	Gatzweiler, Ferdi	Entschuldigt

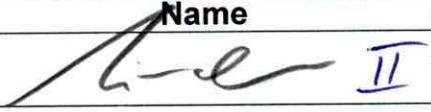
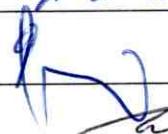
Es fehlen entschuldigt oder unentschuldigt:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1	BH Gatzweiler	4	RH Wahlen
2	RH Simmelbruck-Weinsten	5	RH Prüßert
3	RH Peitz	6	

Sonstige Teilnehmer:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1		3	
2		4	

Teilnehmer der Verwaltung:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1	 II	7	Reiff-Lanka I/14
2	Mausen I.1	8	 "
3		9	 1/30
4	A. Pöhlert FBI	10	 II/20/21
5		11	78-516 4/10
6		12	

Anlage 2)

Den Vorlagen für die Sitzungen am 19.07.2011 bzw. 09.08.2011 lagen die nachstehend angeführten Einzahlungen zugrunde:

Projektdef	Objektbezeichnung	HH-Ansatz 2011	AO-Soll 13.07.	"sichere Einz. 2011"	anrechenbar für Vorlage 19.07.11
5000024	LZ Projekt Soziale Stadt Velau	546.400,00			0,00
5000026	LZ Ausbau Kitas für U3	54.000,00			0,00
5000030	LZ Umgestaltung Außenspielflächen U3	0,00			0,00
5000046	Veräußerung Bewegl. Anlagevermögen TBA		800,00		800,00
5100008	Zuschuss Bewegl. AV innere Angel./Org.		349,98		
5200000	Investitionspauschale	1.170.000,00	1.375.901,30	1.375.901,30	1.375.901,30
5200001	Sportpauschale	150.000,00	156.899,00	156.899,00	156.899,00
5200002	Schulpauschale	1.290.000,00	1.362.837,00	1.362.837,00	1.362.837,00
5200003	Feuerschutzpauschale	105.000,00		107.892,07	107.892,07
5230002	Grundstücksveräußerungen	1.918.000,00	394.963,03		394.963,03
5510000	LZ Bewegliches Anlagevermögen U3-Plätze	0,00			0,00
5650003	LZ Energiesparmaßnahmen GS Breinig	100.000,00	-100.000,00	70.000,00	70.000,00
5650067	LZ U3-Erweiterung Kita Mausbach	134.000,00			0,00
5650071	LZ Tagespflegeplätze	35.000,00			0,00
5650072	LZ Kita Breiniger Berg	65.000,00	0,00		108.000,00
5660006	LZ Regionalbahn Eisenbahnkreuzungsmaßn.	207.200,00			0,00
5660039	GVFG-Mittel Aachener Straße	180.000,00			0,00
5660040	GVFG Neubau Werther/ Derichsberger Str.	0,00			0,00
5660051	Verkaufserlös Straßenbeleuchtung	20.000,00			0,00
5660052	LZ P+R-Platz Hauptbahnhof	25.000,00			0,00
5661002	Kostenbeteiligung Ufermauern	384.000,00			0,00
5661006	Kostenbeteiligg. Landesbetr. Straßenbau	50.000,00			0,00
5662006	KAG-Beiträge Büsbacher Berg	0,00	140.994,15		140.994,15
5662012	Ablösung Stellplätze	25.000,00	3.550,00		3.550,00
5662019	Erschließungsbeiträge Am Wimblech	0,00	7.924,14		7.924,14
5662024	KAG-Beiträge Rainweg		46.722,95		46.722,95
5662026	KAG-Beiträge Kranensterzstraße	120.000,00			0,00
5662030	KAG-Beiträge Bachstraße	87.000,00			0,00
5662036	KAG-Beiträge Rhein-Nassau-Weg	45.000,00			0,00
5662043	Erschließungsbeiträge B 147 - Duffenter		88.957,40		88.957,40
5662050	Erschließungsbeiträge B 121 Mozartstraße		38.709,00		38.709,00
5800000	LZ Projekt Camp Astrid	461.000,00		951.440,05	951.440,05
	Einzahlungen aus der Tilgung von Darlehen	18.800,00		18.800,00	18.800,00
		7.190.400,00	3.518.607,95		4.874.390,09

C:\DOKUME~1\janusa\LOKALE~1\Temp\XPgrpwise\investive_einzahlungen_stand_13_07_2011_fuer_niederschrift.XLS\HHAns_inv_einz_2011_zp04_2

350-Millionen-Hilfe für Kommunen

SZ

NRW will das Paket nach Bedürftigkeit an die ärmsten Städte verteilen

28/7/11

Düsseldorf. NRW will ein zusätzliches 350-Millionen-Hilfspaket des Landes 2011 „nach Bedürftigkeit“ auf die ärmsten Städte verteilen. „Wir wollen nachweisen, dass auch die Städte mit den größten Problemen noch sanierungsfähig sind“, sagte der Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Marc Herter. Nach seinen Angaben drängt die Zeit. Falls bis zum Jahresende keine Einigung über die Verteilung der Gelder erzielt werde, sei das im Haushalt bisher gesperrte „Geld

weg“. Herter bedauerte, dass erste Banken inzwischen keine Kredite mehr an Städte vergeben, die „mit dem Fluch der Überschuldung belegt sind“. Wenn die erste Stadt aber zahlungsunfähig werde, sei die gesamte Finanzstruktur bedroht.

Die SPD verlangt, dass die ärmsten Kommunen für Gelder aus dem Hilfsprogramm einen Eigenbeitrag zur Konsolidierung von jährlich 400 Millionen Euro leisten müssen. Dabei gerät die Anhebung

der Hebesätze für Gewerbe-, Grund- und Vergütungssteuer in den Blick. „Jeder muss vor Ort sehen, wie er den Haushalt in Ordnung bringt“, so Herter. Angesichts eines bis 2020 drohenden Kassenkreditbetrags von 50 Milliarden Euro bestehe aber größter Handlungsbedarf. In der Sommerpause will Rot-Grün mit den kommunalen Spitzenverbänden die Kriterien für die Verteilung der zusätzlichen 350 Millionen Euro für 2011 „gerichtsfest“ festlegen. (wg)